

Solidarität mit geflüchteten Menschen in Brandenburg!

Der Landesjugendring Brandenburg e.V. und seine Mitgliedsverbände solidarisieren sich mit den geflüchteten Menschen, die in Deutschland unter teils menschenunwürdigen Bedingungen oft Jahre auf die Bearbeitung ihres Asylantrags warten.

Wir fordern daher:

- 1) Die Anerkennung aller Asylanträge und ein vollständiges Bleiberecht für alle Geflüchteten und ihre Familien.
- 2) Die Abschaffung der Residenzpflicht.
- 3) Das Recht aller Flüchtlinge, einer regulären, sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachzugehen.
- 4) Die Anerkennung aller im Ausland erworbenen Bildungs- und Berufsabschlüsse, sowie kostenlose Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten.
- 5) Die Schließung aller „Asylbewerberheime“ und Lager, sowie die Unterbringung in menschenwürdigen Wohnungen. Flüchtlinge müssen Auffanglager innerhalb von drei Tagen verlassen können.
- 6) Das aktive, sowie das passive Wahlrecht für alle in Deutschland lebenden Menschen, unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft.

Begründung:

Die Lebensumstände von Flüchtlingen in Deutschland sind aus unserer Sicht untragbar: Abgesehen von den erschreckenden Zuständen in den Unterkünften und Lagern, sind sie gezwungen, weit unter der Armutsgrenze zu leben, da es ihnen per Gesetz verboten ist, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen und ihre, in ihren Heimatländern erworbenen, Bildungs- und Berufsabschlüsse in Deutschland nicht anerkannt werden. Auch steht ihnen das aktive und passive Wahlrecht nicht zu. Ebenso dürfen sie sich aufgrund der Residenzpflicht (die Pflicht, sich nur in dem von der zuständigen Behörde festgelegten Bereich aufzuhalten) nicht frei im Land bewegen. Damit werden ihnen elementare Menschenrechte verweigert. Gleichzeitig müssen Flüchtlinge ständig damit rechnen, dass ihre Anträge auf Asyl abgelehnt und sie abgeschoben werden.

Dabei sind es oft die Folgen der deutschen und europäischen Außenpolitik, die dazu führen, dass Menschen gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen – eine Tatsache, die in der Debatte um die Aufnahme von Flüchtlingen oft nicht erwähnt wird. Ebenso stellen wir fest, dass die politischen Verantwortlichen nichts unternehmen, das Sterben an Europas Grenzen zu beenden. Diese unhaltbaren Zustände müssen dringend geändert werden. Es gibt keine Menschen erster, zweiter und dritter Klasse! Dazu ist aus unserer Sicht unerlässlich, dass sich auch die Jugendverbände mit Flüchtlingen solidarisieren und sich mit der Thematik auseinandersetzen. Dazu gehört auch eine umfassende Aufklärungskampagne für die Rechte aller von Flucht und Vertreibung betroffenen Menschen.

Fürstenwalde, 05.07.2014